

Niederschrift

über die 10. Sitzung (Sondersitzung) (öffentlicher Teil)
des Hauptausschusses
am Mittwoch, **09.03.2022**, 16:06 Uhr - 17:29 Uhr,
Festsaal, 1. Etage, Rathaus, Prinzipalmarkt 8-9, 48143 Münster

Anwesend waren:

von der CDU-Fraktion:

Meik Bruns, Astrid Bühl, Tobias Jainta, Stefan Leschniok, Babette Lichtenstein van Lengerich, Dr. Ulrich Möllenhoff (Vertretung für Herrn Dr. Dietmar Erber), Angela Stähler, Walter von Göwels, Stefan Weber

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL:

Andrea Blome, Annika Bürger (Vertretung für Frau Jule Heinz-Fischer), Anne Kathrin Herbermann, Christoph Kattentidt, Dr. Robin Korte, Carsten Peters, Sylvia Rietenberg, Harald Wölter (Vertretung für Herrn Albert Wenzel)

von der SPD-Fraktion:

Doris Feldmann, Matthias Glomb (Vertretung für Frau Lia Kirsch), Marius Herwig, Ludger Steinmann, Maria Winkel

von der FDP-Fraktion:

Jörg Berens

von der Fraktion DIE LINKE.:

Ulrich Thoden

auf Vorschlag der Ratsgruppe Die PARTEI/ÖDP:

Dr. Georgios Tsakalidis (Internationale Fraktion Die PARTEI/ÖDP; Vertretung für Herrn Lars Nowak)

von der Ratsgruppe Volt:

Tim Pasch

beratendes Mitglied:

Richard Mol

Vorsitz:

Oberbürgermeister Markus Lewe

von der Verwaltung:

Larissa Aldehoff, Robin Denstorff, Michaela Heuer, Wolfgang Heuer, Frank Möller, Thomas Möller, Thomas Paal, Matthias Peck, Helga Sonntag, Frauke Wallmann, Cornelia Wilkens, Christine Zeller

für die Schriftführung:

Jürgen Kupferschmidt

für die Stenogrammaufnahme:

Heike Krüger

Es fehlte/n:

Dr. Dietmar Erber (CDU), Jule Heinz-Fischer (Bündnis 90/Die Grünen/GAL), Lia Kirsch (SPD), Lars Nowak (Internationale Fraktion Die PARTEI/ÖDP; auf Vorschlag der Ratsgruppe Die PARTEI/ÖDP), Albert Wenzel (Bündnis 90/Die Grünen/GAL)

nichtöffentlicher Sitzungsteil siehe Niederschrift über die Sondersitzung (nichtöffentlicher Teil) des Hauptausschusses am 09.03.2022

Tagesordnung

1. Eingänge und Mitteilungen
2. Krieg in der Ukraine
 - Resolution
 - Aufnahme von Flüchtlingen in Münster
 - Unterstützung unserer Partnerstadt Lublin bei der Unterbringung und Verpflegung von Flüchtlingen
 - Bereitstellung von Haushaltsmitteln zur Finanzierung der hiermit verbundenen Kosten
- 2.1. Krieg in der Ukraine - Flüchtlingsaufnahme und weitere Hilfsmaßnahmen
3. Verschiedenes

V/0180/2022
V

Herr **Lewe** eröffnete die öffentliche Sondersitzung des Hauptausschusses um 16.06 Uhr und stellte die ordnungsgemäße Einberufung und die Beschlussfähigkeit fest.

Er begrüßte die Mitglieder des Hauptausschusses, die Bezirksbürgermeister, die Vorsitzende des Integrationsrates - Frau Salinas, Mitglieder des Jugendrates, Vertreterinnen und Vertreter der Kommunalen Seniorenvertretung, Vertreterinnen und Vertreter des Personalrates, die Damen und Herren der Presse und die Zuschauerinnen und Zuschauer.

Herr **Lewe** wies auf den versandten Nachtrag zur Tagesordnung hin.

Herr **Lewe** führte aus, dass die heutige Sondersitzung anlässlich des Krieges in der Ukraine erforderlich sei, um eine gemeinsame Resolution zu verabschieden.

Er berichtete ausführlich zur aktuellen Lage in der Ukraine, zu den Solidaritätsbekundungen sowie über die in den nächsten Wochen anstehenden und gemeinsam anzunehmenden Herausforderungen.

Herr **Lewe** hob hervor, dass Münster als Friedensstadt hierbei eine besondere Rolle zukomme und drückte seine Freude darüber aus, dass die Politik in Münster in den vergangenen Wochen gemeinsam agiert hat.

Punkt 1 der Tagesordnung

Eingänge und Mitteilungen

Es lagen keine Eingänge und Mitteilungen vor.

Punkt 2 der Tagesordnung

Krieg in der Ukraine

- **Resolution**
- **Aufnahme von Flüchtlingen in Münster**
- **Unterstützung unserer Partnerstadt Lublin bei der Unterbringung und Verpflegung von Flüchtlingen**
- **Bereitstellung von Haushaltsmitteln zur Finanzierung der hiermit verbundenen Kosten**

Herr **Weber** brachte folgenden Entwurf einer Resolution der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL, der SPD-Fraktion, der FDP-Fraktion, der Internationalen Fraktion Die PARTEI/ÖDP, der Ratsgruppe Volt und des Oberbürgermeisters Markus Lewe ein:

„Resolution

Pax Optima Rerum – Münster ruft zum Frieden auf!

Im Jahr 1648 wurde an diesem historischen Ort und in Osnabrück der Westfälische Frieden geschlossen. Der Frieden verhalf dem Prinzip der Gleichberechtigung der Staaten zur Durchsetzung - unabhängig von ihrer tatsächlichen Macht. Ein Grundpfeiler des regelbasierten Völkerrechts, gegen das Russland durch den Angriff auf die Ukraine am 24. Februar eklatant verstoßen hat. Die Friedensstadt Münster fühlt sich besonders verpflichtet bei der Lösung von Konflikten und der Sicherung des Friedens.

Der Rat der Stadt Münster,

- verurteilt den völkerrechtswidrigen und brutalen Angriffskrieg des russischen Präsidenten Putin gegen die Ukraine und bekundet seine Solidarität mit den vom Krieg schwer betroffenen Menschen und ihren Familien. Es ist entsetzlich, was sie dort jetzt durchleben müssen: Tod und Verwundung, Zerstörung, Vertreibung, unermessliches

Leid. Dieser Überfall auf ein friedliches und demokratisches Nachbarland ist ein nicht zu rechtfertigender Bruch mit allen Regeln des Völkerrechts.

- erklärt sich bereit, Menschen aller Nationalitäten, Ethnien und Religionen in Münster aufzunehmen, die vor dem Krieg Schutz und Sicherheit suchen. Der Schutz der Menschen und das Ende der humanitären Katastrophe haben höchsten Vorrang.
- bietet Geflüchteten in Münster Obdach, medizinische und psychologische Unterstützung, Bildung und Hilfe beim Ankommen in unserer Stadt an.
- erklärt sich solidarisch mit unserer polnischen Partnerstadt Lublin, die großartige Hilfe für geflüchtete Ukrainer*innen leistet, und bietet eine weitreichende Unterstützung bei der Betreuung der vor dem Krieg Geflüchteten an.
- unterstützt dankbar das umfassende Engagement und die beispiellose Hilfsbereitschaft der Münsteraner Zivilgesellschaft in dieser Krisensituation und bringt seine Anerkennung zum Ausdruck. Wieder einmal wird klar: Durch ein herausragendes bürgerschaftliches Engagement wächst unsere Stadt auch in schweren Zeiten über sich hinaus.
- unterstützt die Menschen in Münster, die – auch gemeinsam mit ukrainischen und russischen Münsteraner*innen – auf den Straßen und Plätzen unserer Stadt ihre Anteilnahme am bewundernswerten Kampf der Ukraine und ihres Präsidenten Wolodymyr Selenskyi ebenso zum Ausdruck bringen wie ihren Protest gegen den Kriegsverbrecher Putin. Unsere Solidarität und unser Mitgefühl gilt nicht nur den Menschen in der Ukraine, sondern auch den mutigen Menschen in Russland, die diesen Angriffskrieg ablehnen und sich unter größtem Risiko in ihrem Land gegen den Kriegstreiber erheben.
- Drückt seine Dankbarkeit für den klaren Kurs der Bundesregierung und die große Einigkeit im Bundestag aus. Die weltweite Solidarität der Menschen mit der Ukraine und die Geschlossenheit, die die vielen Länder in den verschiedensten Bündnissen von NATO und EU bis hin zu den G7 beweisen, sind ein Lichtblick und geben Hoffnung und Zuversicht in Europas dunkelsten Zeiten seit dem zweiten Weltkrieg.
- betont den Wert lebendiger Städtepartnerschaften und internationaler Kooperationen und bekräftigt ausdrücklich seine Partnerschaft mit der russischen Stadt Rjasan auf der Basis einer gemeinsamen, uneingeschränkten Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts aller Völker und der territorialen Integrität aller Staaten. Dazu wird auch die Beantwortung des Schreibens des Oberbürgermeisters vom 25. Februar 2022 erwartet. Die Kontakte auf zivilgesellschaftlicher Ebene können einen wichtigen Beitrag zur notwendigen Verständigung, zur Vertrauensbildung und zum Frieden zwischen Menschen, Völkern und Staaten leisten.“

Herr **Weber** wies darauf hin, dass man Einigkeit am Verhandlungstisch erzielt habe, aber auch eine Beteiligung der DIE LINKE. Ratsfraktion Münster und von Herrn Mol am Entwurf der Resolution gut gewesen wäre.

Herr **Weber** drückte seinen Dank für die beispiellose Hilfsbereitschaft aus.

Auch Herr **Kattentidt**, Herr **Herwig**, Herr **Berens**, Herr **Pasch** und Herr **Dr. Tsakalidis** verurteilten in ihren diesbezüglichen Redebeiträgen im Namen ihrer Fraktion den Krieg in der Ukraine und verwiesen auf die besondere Bedeutung Münsters als Friedensstadt.

Herr **Thoden** brachte für die DIE LINKE. Ratsfraktion Münster folgende Resolution ein und begründete gleichzeitig, warum die DIE LINKE. Ratsfraktion Münster die gemeinsame Resolution der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL, der SPD-Fraktion, der FDP-Fraktion, der Internationalen Fraktion Die PARTEI/ÖDP, der Ratsgruppe Volt und des Oberbürgermeisters Markus Lewe nicht mittrage:

„Resolution

Die Waffen nieder! Münster ruft zum Frieden auf!

Anlässlich der schrecklichen Situation in der Ukraine, der Ankunft der ersten Geflüchteten und der gelebten Solidarität vieler Menschen in Münster in diesen schwierigen Zeiten, erklärt die Stadt Münster, dem Anspruch einer Friedensstadt gerecht werden zu wollen.

Der Rat der Stadt Münster,

- verurteilt den völkerrechtswidrigen und brutalen Angriffskrieg des russischen Präsidenten gegen die Ukraine. Die Bombenangriffe und der Einmarsch russischer Truppen in die Ukraine sind eine neue Stufe der Aggression durch Putin.
- fordert die russische Regierung auf, die Kampfhandlungen sofort einzustellen, einem Waffenstillstand zuzustimmen und an den Verhandlungstisch zurückzukehren.
- erklärt sich bereit, Menschen aller Nationalitäten, Ethnien und Religionen in Münster aufzunehmen und zwar unabhängig von Fluchtgrund und Herkunftsland. Der Rat setzt sich für offene Grenzen für alle Menschen ein, die vor Krieg, Armut oder Unfreiheit fliehen und heißt Geflüchtete aus der Ukraine genauso willkommen wie Menschen, die über das Mittelmeer hierher flüchten.
- spricht sich für die Aufnahme von ukrainischen und russischen Deserteuren aus und verurteilt die Praxis, Menschen zum Kriegsdienst zu verpflichten und ihnen die Flucht aus Kriegsgebieten zu verwehren.
- bietet Geflüchteten in Münster Obdach, medizinische und psychologische Unterstützung, Bildung und Hilfe beim Ankommen in unserer Stadt und bekennt sich dazu, der polnischen Partnerstadt Lublin bei der Aufnahme Geflüchteter weiterhin Unterstützung anzubieten. Für alle, die bleiben wollen, setzt der Rat sich für langfristig verlässliche Bleibeperspektiven und Unterstützungsangebote beim Einleben ein, z. B. bei der Wohnungs- und Arbeitsplatzsuche.
- unterstützt und bedankt sich bei allen Menschen, die weltweit und auf den Straßen und Plätzen der Stadt gegen den Krieg demonstrieren sowie bei allen, die humanitäre Hilfe leisten, spenden und aufklären. Der Rat betont, dass er Krieg und Gewalt als Mittel der Politik ablehnt, unabhängig davon wer sie ausübt.
- bedankt sich insbesondere bei den mutigen Menschen, die jetzt in Russland unter Bedrohung ihrer Freiheit und körperlichen Unversehrtheit gegen den Krieg auf die Straße gehen. Sie sind die größte Hoffnung, diesen Krieg ohne weiteres Blutvergießen zu beenden.
- betont, dass Menschen mit russischer Migrationsvorgeschichte in Münster weiterhin genau so willkommen sind, wie alle anderen Menschen und wendet sich gegen rassistische Anfeindungen und Gewalt. Dieser Krieg wird nicht im Interesse russischer Menschen oder Menschen mit russischer Migrationsgeschichte geführt, und die Ukraine ist hierbei auch nicht der Anfang. Kosovo, Afghanistan, Syrien, Irak, Libyen, Armenien/Aserbaidschan, Georgien – überall waren nicht die Interessen und Bedürfnisse der Menschen im Fokus, sondern die von Groß- und Mittelmächten. Nirgends ging es um Menschenrechte oder Demokratie, sondern um Märkte, Rohstoffe, Handelswege, Profite.
- wendet sich entschieden dagegen, dass die Bundesregierung und die Rüstungslobby die schreckliche Situation in der Ukraine nun dazu missbrauchen, friedenspolitische Grundsätze und Lehren aus dem zweiten Weltkrieg noch weiter aufzuweichen und über Bord zu werfen. Der Rat ruft alle Staaten und Staatenbündnisse dazu auf, die Eskalationsspirale nicht weiter voran zu treiben. Dieser Kampf um Einflusszonen in einem internationalen System rivalisierender Blöcke droht eine Spirale von Gewalt und Gegengewalt auszulösen, die in einem Weltkrieg enden kann. Waffenlieferungen und Aufrüstung schaffen keinen Frieden. Feuer bekämpft man nicht mit Öl.
- betont den Wert lebendiger Städtepartnerschaften und internationaler Kooperationen und bekräftigt ausdrücklich seine Partnerschaft mit der russischen Stadt Rjasan. Die Kontakte

auf zivilgesellschaftlicher Ebene können einen wichtigen Beitrag zur notwendigen Verständigung, zur Vertrauensbildung und zum Frieden zwischen Menschen, Völkern und Staaten leisten.“

Nach weiterer Diskussion stellte Herr **Lewe** die gemeinsame Resolution der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL, der SPD-Fraktion, der FDP-Fraktion, der Internationalen Fraktion Die PARTEI/ÖDP, der Ratsgruppe Volt und des Oberbürgermeisters Markus Lewe zur Abstimmung.

Der Hauptausschuss beschloss mit Mehrheit (OB, CDU, Bündnis 90/Die Grünen/GAL, FDP, Internationale Fraktion Die PARTEI/ÖDP, Volt) bei einer Gegenstimme (DIE LINKE.):

„Resolution

Pax Optima Rerum – Münster ruft zum Frieden auf!

Im Jahr 1648 wurde an diesem historischen Ort und in Osnabrück der Westfälische Frieden geschlossen. Der Frieden verhalf dem Prinzip der Gleichberechtigung der Staaten zur Durchsetzung - unabhängig von ihrer tatsächlichen Macht. Ein Grundpfeiler des regelbasierten Völkerrechts, gegen das Russland durch den Angriff auf die Ukraine am 24. Februar eklatant verstoßen hat. Die Friedensstadt Münster fühlt sich besonders verpflichtet bei der Lösung von Konflikten und der Sicherung des Friedens.

Der Rat der Stadt Münster,

- verurteilt den völkerrechtswidrigen und brutalen Angriffskrieg des russischen Präsidenten Putin gegen die Ukraine und bekundet seine Solidarität mit den vom Krieg schwer getroffenen Menschen und ihren Familien. Es ist entsetzlich, was sie dort jetzt durchleben müssen: Tod und Verwundung, Zerstörung, Vertreibung, unermessliches Leid. Dieser Überfall auf ein friedliches und demokratisches Nachbarland ist ein nicht zu rechtfertigender Bruch mit allen Regeln des Völkerrechts.
- erklärt sich bereit, Menschen aller Nationalitäten, Ethnien und Religionen in Münster aufzunehmen, die vor dem Krieg Schutz und Sicherheit suchen. Der Schutz der Menschen und das Ende der humanitären Katastrophe haben höchsten Vorrang.
- bietet Geflüchteten in Münster Obdach, medizinische und psychologische Unterstützung, Bildung und Hilfe beim Ankommen in unserer Stadt an.
- erklärt sich solidarisch mit unserer polnischen Partnerstadt Lublin, die großartige Hilfe für geflüchtete Ukrainer*innen leistet, und bietet eine weitreichende Unterstützung bei der Betreuung der vor dem Krieg Geflüchteten an.
- unterstützt dankbar das umfassende Engagement und die beispiellose Hilfsbereitschaft der Münsteraner Zivilgesellschaft in dieser Krisensituation und bringt seine Anerkennung zum Ausdruck. Wieder einmal wird klar: Durch ein herausragendes bürgerschaftliches Engagement wächst unsere Stadt auch in schweren Zeiten über sich hinaus.
- unterstützt die Menschen in Münster, die – auch gemeinsam mit ukrainischen und russischen Münsteraner*innen – auf den Straßen und Plätzen unserer Stadt ihre Anteilnahme am bewundernswerten Kampf der Ukraine und ihres Präsidenten Wolodymyr Selenskyj ebenso zum Ausdruck bringen wie ihren Protest gegen den Kriegsverbrecher Putin. Unsere Solidarität und unser Mitgefühl gilt nicht nur den Menschen in der Ukraine, sondern auch den mutigen Menschen in Russland, die diesen Angriffskrieg ablehnen und sich unter größtem Risiko in ihrem Land gegen den Kriegstreiber erheben.
- Drückt seine Dankbarkeit für den klaren Kurs der Bundesregierung und die große Einigkeit im Bundestag aus. Die weltweite Solidarität der Menschen mit der Ukraine und die Geschlossenheit, die die vielen Länder in den verschiedensten Bündnissen von

NATO und EU bis hin zu den G7 beweisen, sind ein Lichtblick und geben Hoffnung und Zuversicht in Europas dunkelsten Zeiten seit dem zweiten Weltkrieg.

- betont den Wert lebendiger Städtepartnerschaften und internationaler Kooperationen und bekräftigt ausdrücklich seine Partnerschaft mit der russischen Stadt Rjasan auf der Basis einer gemeinsamen, uneingeschränkten Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts aller Völker und der territorialen Integrität aller Staaten. Dazu wird auch die Beantwortung des Schreibens des Oberbürgermeisters vom 25. Februar 2022 erwartet. Die Kontakte auf zivilgesellschaftlicher Ebene können einen wichtigen Beitrag zur notwendigen Verständigung, zur Vertrauensbildung und zum Frieden zwischen Menschen, Völkern und Staaten leisten.“

Herr **Lewe** wies darauf hin, dass sich eine Abstimmung über die Resolution der DIE LINKE. Ratsfraktion Münster erledigt hat.

Punkt 2.1 der Tagesordnung V/0180/2022

Krieg in der Ukraine - Flüchtlingsaufnahme und weitere Hilfsmaßnahmen

Frau **Wilkens** entschuldigte sich für die so kurzfristig vorgelegte Vorlage. Dadurch sei es aber möglich, aktuelle Zahlen und Daten vorzulegen.

Sie informierte, dass ab nächsten Montag der Arbeitskreis „Flüchtlinge“ wieder regelmäßig tage.

Frau **Wilkens** erläuterte den aktuellen Stand. Sie wies hierbei darauf hin, dass wir es mit einem ungesteuerten Zustrom zu tun hätten und daher der Verteilmechanismus des Bundes und des Landes derzeit außer Kraft gesetzt sei.

Nach weiteren detaillierten Informationen teilte Sie mit, dass ab heute die Massenzustromrichtlinie der Europäischen Union (EU) gilt, die besagt, dass aus der Ukraine geflüchtete Menschen einen Aufenthaltstitel erhalten und zunächst einmal in Deutschland bleiben könnten.

Herr **Lewe** teilte mit, dass er mit Herrn Stadtrat Heuer - ebenfalls Krisenstabsleiter Corona - entschieden habe, auch einen Krisenstab Ukraine einzurichten.

Herr **Heuer** führte aus, dass der Krisenstab vor allem Unterbringungsmöglichkeiten schaffen muss, Hilfstransporte nach Lublin organisieren und insgesamt die Kräfte der Verwaltung bündeln wird.

Herr **Lewe** berichtete über die Unterstützung von Münsters Partnerstadt Lublin bei der Unterbringung und Verpflegung von Flüchtlingen und teilte zur Lage in Lublin Folgendes mit:

- Münsters polnische Partnerstadt Lublin liegt rund 100 km westlich der Ukrainegrenze.
- In Lublin leben eigentlich rund 350.000 Menschen.
- Nächste große ukrainische Stadt ist Lviv mit eigentlich rund 800.000 Einwohner*innen.
- Lublin ist für die Region östlich der Weichsel das Drehkreuz zur Aufnahme von Flüchtlingen und in Bezug auf die Verteilung von Spenden.
- Wie viele Geflüchtete aktuell in Lublin sind, ist nicht verlässlich zu sagen, denn viele Geflüchtete sind privat untergekommen, nur auf der Durchreise oder noch nicht registriert.
- Über 15.000 Menschen werden aktuell in Notunterkünften (Hotels, Hallen, Schulen, Kulturstätten etc.) betreut.
- Lublin bietet den Geflüchteten: Unterkunft, medizinische Versorgung, Übersetzungsleistungen, kostenlosen ÖPNV, bedingt psychologische Hilfe, Kinderbetreuung, eine Jobbörse auf ukrainisch, die Betreuung von mitgebrachten Tieren, Beratung, Hotlines, Covid19 – Impfungen etc an.

- Die Kulturzentren werden als Zentren für die Wohlfahrt genutzt (Kinderbetreuung, Erholungsräume für die Eltern, Beratungszentrum etc.).
- Die Bürgerschaft unterstützt von der Stadt haben ein soziales Komitee für Ukraine-Hilfe gegründet. Der Verband versucht die Hilfsangebote von städtischen Stellen, NGOs, privaten Initiativen und freiwilligen Helfer*innen zu koordinieren.
- Die Stadt Lublin agiert wie Münster: Krisenstab, Hotline, zusammen ziehen der Kräfte (z. B. Kulturamt und internationales Büro organisieren die Logistik der Hilfstransporte), Ausbau der öffentlichen Notunterkünfte, Einbindung der Hilfsorganisationen etc. – alles in enger Abstimmung mit dem Komitee für Ukraine-Hilfe.

Hilfstransporte

- 25.02. Bürgermeister (Stadtpräsident) Dr. Zuk schreibt OB Markus Lewe und berichtet über die Lage
- 28.02. OB bietet Münsters Hilfe an
- 01.03. eine Liste mit erbetenen Materialien erreicht Münster, die zeitgleich auch den anderen Partnerstädten Lublins zugesandt wird
- 03.03. Bürgermeister (Stadtpräsident) Dr. Zuk informiert Münster und weitere Partnerstädte erneut über die aktuelle Situation
- Lublin ist Umschlagplatz für Hilfsgüter für die gesamte Region.
- In Lublin werden die Hilfsgüter von den Sattelschleppern umgepackt auf Kleintransporte, die die Lieferungen dann in die Ukraine bringen, z. B. in die Städte Luzk, Winniza, Riwne.
- Durchgeführte Lieferungen (detaillierte Angaben erfolgen über die Feuerwehr):
07.03. – morgens Ankunft von zwei Sattelschleppern aus Münster (div.)
09.03. – morgens Ankunft von zwei Sattelschleppern aus Münster (vorwiegend Kleidung)
- Geplante Lieferungen (detaillierte Angaben erfolgen über die Feuerwehr):
11.03. – Ankunft von zwei weiteren Sattelschleppern aus Münster (vorwiegend Lebensmittel)
- Nächste Woche (detaillierte Angaben erfolgen über die Feuerwehr):
Lieferung von zwei LKW mit Papier (Handtücher etc.)
Ggf. in der 12. oder 13. KW: Lieferung von Matratzen und Decken

Frau **Zeller** informierte über die Bereitstellung von Haushaltsmitteln zur Finanzierung der hiermit verbundenen Kosten.

Aktuell werden 250.000 Euro für Hilfsleistungen für Lublin bereitgestellt, für Hilfen zum Lebensunterhalt (HzL) gibt es ein Budget im Haushalt, das aktuell ausreichend ist, aber im Laufe des Jahres nachgesteuert werden muss.

Herr **Dr. Tsakalidis** wies darauf hin, dass hier die Zivilgesellschaft einbezogen werden soll, also die Menschen, die helfen wollen und können.

Frau **Feldmann** führte aus, dass Kinder und Jugendliche besonders in den Blick zu nehmen sind. Beschäftigte in Bildungseinrichtungen brauchen dringend Hilfe. Kindertageseinrichtungen (Kitas) und Schulen befinden sich nicht erst seit gestern am Limit.

Sie regte an, den „Runden Tisch für Geflüchtete“ auch für die Kita- und Schulbereich zu öffnen.

Abschließend stellte Herr **Lewe** die Vorlage zur Abstimmung.

Der Hauptausschuss beschloss einstimmig:

„I. Sachentscheidung:

1. Der Hauptausschuss beauftragt im Wege der Eilentscheidung gemäß § 60 Abs. 1 Satz 1 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen die Verwaltung, kurzfristig und

unbürokratisch die Maßnahmen zu ergreifen, die zur Unterbringung, Versorgung und Betreuung von Menschen erforderlich sind, die aus der Ukraine nach Münster fliehen oder der Stadt Münster als Flüchtlinge aus der Ukraine durch das Land Nordrhein-Westfalen zugewiesen werden.

2. Mittel zur Sicherstellung des Lebensunterhalts und Krankenversicherungskarten zur ärztlichen Versorgung werden bereitgestellt. Der Hauptausschuss begrüßt und billigt die von der Verwaltung vorgenommene Unterstützung und Versorgung der hilfsbedürftigen Geflüchteten aus der Ukraine nach den Regeln des Asylbewerberleistungsgesetzes.
3. Der Hauptausschuss stimmt Maßnahmen zu, die Bund und Land Nordrhein-Westfalen dabei unterstützen, zu einem koordinierten Zuweisungsverfahren und damit einer möglichst abgestimmten und gleichmäßigen Verteilung der Geflüchteten aus der Ukraine auf alle Kommunen in NRW zu kommen.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, weitere humanitäre Hilfsmaßnahmen für die betroffene Bevölkerung in der polnischen Partnerstadt Lublin und ggf. in der Ukraine selber zu unterstützen bzw. durchzuführen.

II. Finanzielle Auswirkungen:

Die notwendigen Finanzmittel werden aktuell aus den laufenden Budgets der Verwaltung bereitgestellt.

Die zur Finanzierung von erforderlichen über-/außerplanmäßigen Auszahlungen und Aufwendungen benötigten Gremienbeschlüsse werden vorbereitet, sobald sich die Bedarfe konkretisieren und nicht mehr durch die Verwaltung innerhalb des Budgets gedeckt werden können.“

Punkt 3 der Tagesordnung

Verschiedenes

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

gez.
Markus Lewe
Vorsitz

gez.
Jürgen Kupferschmidt
Schriftführung